



Positionspapier

Beschlossen am ordentlichen Landeskongress 2012

Thema:

Nationale Energie- und Infrastrukturpolitik

Problematik

Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die wirtschaftliche Aspekte über Nachhaltigkeit, Transparenz und Umweltverträglichkeit stellen. Insbesondere die Reduzierung des nicht aus nachhaltigen Quellen stammenden Energieverbrauchs gehört gegenwärtig weder zu den wesentlichen unternehmerischen, noch zu den vorherrschenden politischen Zielen. Von der dauerhaften Verfügbarkeit einer bezahlbaren Energieversorgung hängt aber unser aller Wohlstand wesentlich ab. Demzufolge müssen sich an diesem Ziel alle energiepolitischen Maßnahmen messen und daraus ableiten lassen. Jede Form der Energieerzeugung und -verteilung muss nachhaltig gestaltet werden, da die nicht nachhaltigen Ressourcen endlich und deren Verbrauch terminiert ist.

Prinzipien

1. Die Versorgung mit Energie (Elektrizität und Wärme) und Wasser (sowie Ableitung des Abwassers), sowie Telekommunikation (u.a. Zugang zum Internet) ist ein Bürgerrecht.
2. Jeder Einwohner und Betrieb Luxemburgs soll seinen persönlichen und geschäftlichen Energiebedarf zu akzeptablen Kosten decken können.
3. Die Beschaffung, Erzeugung und Verteilung der benötigten Energien soll ohne den dauerhaften Verbrauch von Ressourcen und - insofern möglich und sinnvoll - weitestgehend dezentral erfolgen.
4. Die Beschaffung, Erzeugung und Verteilung der erforderlichen Energien soll möglichst diversifiziert erfolgen. Dies wird durch heterogene und miteinander konkurrierende Lieferanten nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht erreicht.
5. Der Versorgungssicherheit muss ein weit höherer Stellenwert zugeordnet werden als das jetzt der Fall ist. Die Unternehmen und der Staat, welche die zentralen Infrastruktursysteme betreiben bzw überwachen, müssen Notfallpläne und Ausweichszenarien bereitstellen für den Ernstfall von Naturkatastrophen oder kriminellen Attentaten. Die dafür vorgesehenen Mittel müssen soweit als notwendig erhöht werden um die verletzte Infrastruktur unseres Landes stärker als bisher abzusichern, da ein Ausfall heutzutage katastrophale Folgen in menschlicher und wirtschaftlicher Hinsicht nach sich ziehen würde.



Forderungen

Bezüglich der Versorgungssicherheit

1. Eine spezifische Abteilung innerhalb der(s) zuständigen Ministerien(iums) und/oder spezifischen Organismen (z.B. ILR, CIRCL o.ä.), die sich ausschliesslich um die sicherheitstechnischen Rechner- und netzrelevanten Aspekte der Infrastrukturen und ihrer Akteure kümmert.
2. Eine neu angepasste und in Zukunft auch eingeforderte Gesetzgebung, die die systemrelevanten Akteure zwingt, im informatischen Sicherheitsbereich kontinuierlich die notwendigen Anpassungen durchzuführen, um die Infrastrukturnetze zu härten gegen Angriffe von innen und aussen.
3. Jährliche Stresstests für jegliche systemrelevante Soft- und Hardware sowie den Nachweis einer funktionierenden Kaltstartmöglichkeit.
4. Ausbau der Energienetze (Hoch- und Mittelspannung, Gas, andere...) um den wirtschaftlichen und nachhaltigen Einsatz konventioneller und alternativer Energien mittelfristig zu ermöglichen.

Bezüglich der Energieproduktion

Wir fordern einen nationalen Energieplan mit folgenden Zielen:

1. Gründung einer nationalen Energiekommission mit allen betroffenen Akteuren (Industrie, Mittelstand, Gewerbe, Staat, Gemeinden, Parteien, Bürgerinitiativen) um eine breite konzertierte Umsetzung zu ermöglichen, die von allen beteiligten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kräften getragen wird.
2. Definition, Finanzierung und Umsetzung eines weitreichenden und tiefgreifenden 15-Jahres-Energieplans mit dem Ziel, bis 2030 die Importe von aus nichtnachhaltigen Quellen stammender Primärenergie auf 50 % des Verbrauchs in 2030 zu senken.
3. Im Konfliktfall von Finanzierungsmöglichkeiten diese Energieplans: Festschreibung der absoluten Finanzierungspriorität dieses Plans gegenüber weniger lebenswichtigen Ausgabeposten (wie zB Kultur, Sport, Kultus usw.)
4. Massive steuerliche Anreize für Betriebe die ihren Primärenergieverbrauch auf nachhaltige Quellen umstellen bzw ihren spezifischen Energieverbrauch reduzieren. Zusätzlich müssen Betriebe ab Inkrafttreten des Energieplans pro Jahr jeweils 2.5 % ihrer Primärenergie mehr aus nachhaltigen Quellen beziehen.

Bezüglich der Einführung eines "Smart Grid"

Dem Prinzip "Privacy by Design" muss im Vorfeld Rechnung getragen werden, ehe Geräte, die personen- oder haushaltsbezogene Energiedaten aufnehmen und weiterleiten, zum Einsatz kommen. Datensparsamkeit und Datensicherheit müssen die Leitmotive bei deren Einsatz sein und sowohl legislativ als auch regulativ begleitet werden.